

Medienmitteilung

Thema	Legislaturhalbezeitbilanz der Grünliberalen Kantonsratsfraktion
Für Rückfragen	Benno Scherrer, Fraktionspräsident, 077 445 44 49
Absender	Grünliberale Partei Kanton Zürich Tel. +41 44 701 24 00, E-Mail zh@grunliberale.ch www.zh.grunliberale.ch
Datum	13. Mai 2013

Grün und liberal – und aktiv

Die Grünliberale Kantonsratsfraktion ist seit Legislaturbeginn 2011 mit 19 Kantonsrätinnen und Kantonsräten (6 Frauen, 13 Männer) im Zürcher Rathaus vertreten und politisiert als gut funktionierendes Team konstruktiv, lösungsorientiert und sachbezogen. An der heutigen Medienkonferenz hat eine Delegation von sechs Kantonsrätinnen und Kantonsräten aufgezeigt, wie sie mit ihrem grünen und liberalen Kompass die Zürcher Politik (mit-)gestalten.

Klarer politischer Schwerpunkt ist und bleibt für die Grünliberalen eine glaubwürdige grüne Politik – die fordert, aber sich dennoch am Machbaren und wirtschaftlich Vertretbaren orientiert. Als liberale Partei sind den Grünliberalen Wirtschafts-, Steuer- und Finanzfragen wichtig, die sie mit viel Engagement vertreten, und sie haben sich vor allem in der Budgetdebatte mit vielen Anträgen zur Eindämmung der Aufwandsteigerung eingebracht.

Eine Vertretung der Grünliberalen Kantonsratsfraktion hat an der heutigen Medienkonferenz ihre Positionen zu den Themen Steuern, Good Governance, Finanzpolitik, Sozial- und Gesundheitspolitik, Bildung und Energiepolitik aufgezeigt.

In diesen und weiteren Themen haben sie mit Vorstössen Erfolg gehabt:

- Po Rückzug des Rahmengesuchs der AXPO für ein neues AKW (Thomas Maier)
- Po Strategie für den Bildungs- und Innovationsstandort (Thomas Maier)
- dPo Staatsvertrag ohne Pistenverlängerung (Barbara Schaffner)
- PI Strassengesetz – Zonen mit reduziertem Tempo (Thomas Wirth)
- PI Einführung eines Reglements über die Entschädigungen der Mitglieder der Verwaltungsräte bei EKZ und GVZ (René Gutknecht)
- Po Wettbewerbliche Ausschreibung für Stromeffizienz (Barbara Schaffner)
- PI Differenzierte Lektionentafel an der Sekundarstufe (Christoph Ziegler)
- Po Schaffung eines kantonalen Betreibungsregisters (Michael Zeugin)

Judith Bellaiche (Vize-Fraktionspräsidentin, Mitglied WAK) betonte in ihrem Votum die Wichtigkeit eines stabilen **Steuerumfelds**. Deshalb beurteilen die Grünliberalen Steuervorlagen und –vorstösse dahingehend, dass kein Zick-Zack-Kurs entsteht. Weshalb sie die Streichung der 12. Steuerstufe ebenso ablehnten wie auf der anderen Seite die so genannte Bonzensteuer.

Als weiteres Thema ging Judith Bellaiche auf die Vorstösse der Grünliberalen zur „**Good Governance**“ im weitesten Sinn ein: Aufgrund der Resultate der PUK BVK haben sie Postulate eingereicht, welche die Aufgabenkumulation der Regierungsräte hinterfragen und eine klarere Offenlegung ihrer Interessensbindungen fordern. Bereits vom Parlament unterstützt wurde die Forderung nach der Einführung eines Entschädigungsreglements der Verwaltungsräte EKZ, noch offen sind Vorstösse, welche die Rückführung der AXPO Beteiligung an die EKZ und eine AXPO Sonderprüfung verlangen sowie Massnahmen, wie ein finanzieller Schaden für die Bevölkerung bei einer Risiko- oder Entsorgungsunterdeckung abgewendet werden kann.

Michael Zeugin (Mitglied Finanzkommission) präsentierte die Leitlinien der grünliberalen Finanzpolitik, welche auf drei Säulen basiert: 1) ein gesunder und ausgewogener Haushalt. 2) „Spare in der Zeit dann hast Du in der Not“ und 3) Investitionen in die Zukunft und damit zum Beispiel in die Ökologie haben Priorität.

Er kritisierte die Regierung, welche die Ausgaben laufend den höheren Einnahmen anpasst, aber die Investitionen nicht im geplanten Ausmass tätigt. Deshalb haben die Grünliberalen in den Budgetberatungen als einzige Fraktion mit einer ganzen Reihe spezifischer Anträge versucht, das hohe Wachstum der Ausgaben zu bremsen.

Die Grünliberale Position ist klar: nur wenn der Kanton Zürich strukturell über gesunde Finanzen verfügt, sind wir für die nächste Krise gewappnet. Dies hat auch eine soziale Komponente. Denn nur ein finanziell gesunder Kanton Zürich kann in schlechten Zeiten soziale Härtefälle abfedern und vermeiden.

Als FIKO Mitglied sprach er auch über die Verteilung der Lotteriefondsgelder an und bedauerte, dass selten für zukunftssträchtige ökologische Projekte Geld gesprochen wird. Der Kanton könnte zum Beispiel mit Lotteriefondsgeld eine neue Stiftung gründen und damit ein in die Zukunft gerichtetes Programm zur Energieeffizienz und zum Energiesparen im Kanton Zürich starten. Das wäre ein Lotteriefondsprojekt, das allen zu Gute käme: der Kanton könnte seine Klimaziele erfüllen, die Bevölkerung würde von neuen Jobs und tieferen Heiz- und Energiekosten profitieren und die lokalen KMUs hätten zusätzliche Aufträge. Das wäre ein nachhaltiger Wachstumsmotor für die Zukunft.

Eva Gutmann (Präsidentin der KSSG) stellte klar, dass die Grünliberalen genügend Mittel für die Leistungserbringung beim Patienten zur Verfügung stellen wollen, aber der Kostenausweitung im Planungs- / Verwaltungsbereich einen Riegel schieben. Damit die öffentlichen **Spitäler** im Wettbewerb mit den Privatspitälern bestehen können, braucht es nicht mehr Geld pro Einwohner, sondern eine gute Politik, ständige Optimierungen im Betrieb und gute Spitaldirektoren. Deshalb setzt sich die glp für mehr Autonomie der Spitäler ein, da der Staat nicht gleichzeitig Auftraggeber für die Leistungsaufträge, ausführende Stelle als Besitzer der Spitäler und Kontrollinstanz sein soll.

In der **Sozialpolitik** braucht es genügend Mittel für Einzelpersonen und Familien, die trotz aller Bemühungen wirtschaftliche Hilfe brauchen; die Fehlanreize, die zu einer langen Verweildauer in der Sozialhilfe einladen, sind zu beseitigen und Missbrauch ist zu verhindern.

Für die Grünliberalen ist zentral, dass sich Arbeit lohnen muss: Wenigverdienende dürfen gegenüber Sozialhilfebezüglern nicht schlechter gestellt werden. Ausserdem schaden Fehlanreize, welche von der Bevölkerung schnell als eigentliche Betrügerei gesehen werden, der Legitimation der im Allgemeinen sinnvollen Sozialhilfe und gefährden so das System als Ganzes. Die glp-Fraktion setzt sich dafür ein, dass Schwelleneffekte ohne finanzielle Mehrkosten behoben werden. Sie hinterfragt auch ohne politische Scheuklappen das blinde Festhalten an SKOS-Richtlinien.

Christoph Ziegler (Mitglied ABG) hat aufgezeigt, dass in der Volksschule einige Probleme bestehen, zu deren Lösung die grünliberale **Bildungspolitik** beitragen kann. Die glp hat Probleme erkannt, analysiert und in mehrheitsfähige Vorstösse verpackt, wie zum Beispiel die PI, welche verlangt, dass auf der Sekundarstufe den Stärken und Schwächen der Lernenden mit einer differenzierten Stundentafel Rechnung getragen wird (und die mit 111 Stimmen überwiesen wurde).

Dass für die Grünliberalen Energiepolitik nicht nur Stromanpolitik ist und sich nicht auf die Diskussion AKW oder Sonnenenergie beschränkt, zeigte **Barbara Schaffner** (Mitglied KEVU) auf.

Es geht darum, eine umfassende und konsistente **Energiepolitik** betreiben, bei der alle Aspekte vom Strom über Wärme- und Transportenergie, Umweltbelastung von Energieproduktion und –verbrauch, Gebäudestandards, Verkehrspolitik und nicht zuletzt fiskalische Steuermechanismen berücksichtigt werden.

Der Kanton hat eingeschränkte gesetzgeberische Möglichkeiten, kann aber Anreize z.B. über kantonale Förderprogramme schaffen. Ihr Postulat für ein Programm zur Förderung von Stromeffizienz-Massnahmen wurde ohne Diskussion vom Regierungsrat entgegengenommen.

Die Grünliberalen warten gespannt auf den immer noch ausstehenden neuen Energieplanungsbericht des Regierungsrates, den sie sehr genau studieren werden und allenfalls mit Vorstössen sicherstellen, dass der Kanton Zürich die Energiewende energisch angeht.

Gerade weil der **Verkehr** – neben anderen negativen Auswirkungen wie Lärm und Luftbelastung – ein Energiegrossoverbraucher ist, setzen sich die Grünliberalen für emissionsarme Verkehrsmittel (auf kurzen und mittleren Strecken besonders das Velo und allgemein den öffentlichen Verkehr) ein.

Die Grünliberalen in Kanton und Bund haben sich hinter den Staatsvertrag gestellt, weil er dem für den Standort Zürich wirtschaftlich wichtigen Flughafen Sicherheit gibt. Sie verlangen aber einen Flughafen, der den berechtigten Anliegen der Bevölkerung Rechnung trägt. Deshalb haben die Grünliberalen mit einem dringlichen Postulat den Regierungsrat aufgefordert zu prüfen, wie der Staatsvertrag mit Deutschland ohne Pistenverlängerungen umgesetzt werden kann.

Benno Scherrer (Fraktionspräsident) fasste zusammen, dass neben dem engagierten Einbringen der Grünliberalen in vielen Themenbereichen der Fokus der politischen Arbeit der glp-Kantonsratsfraktion auf grünen Themen liegt, die sie sachlich statt ideologisch angehen, und dass sie in der Finanzpolitik für Masshalten und einen vernünftigen Einsatz der verfügbaren Mittel einstehen.

Kurz: Die Grünliberalen politisieren, damit die Menschen selbstbestimmt in einem attraktiven Kanton mit einer ausgezeichneten Infrastruktur und einer intakten Umwelt leben können, wo die Firmen attraktive Bedingungen vorfinden und in dem gesunde Finanzen eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen.